



Rat der  
Europäischen Union

102939/EU XXV.GP  
Eingelangt am 11/05/16

Brüssel, den 4. April 2016  
(OR. en)

7093/16  
ADD 1

PV/CONS 17

## ENTWURF EINES PROTOKOLLS

---

Betr.: **3458** Tagung des Rates der Europäischen Union  
(**ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN**) am 15. März 2016 in Brüssel

---

# TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN<sup>1</sup>

Seite

## **BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE**

A-PUNKT (Dok. 7004/16 PTS A 22)

- Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen (EURES), den Zugang von Arbeitnehmern zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 492/2011 und (EU) Nr. 1296/2013 [erste Lesung] (GA + E) ..... 3

\*

\* \*

---

<sup>1</sup> Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

## **BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE**

*(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)*

### **A-PUNKT**

- **Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen (EURES), den Zugang von Arbeitnehmern zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 492/2011 und (EU) Nr. 1296/2013 [erste Lesung] (GA + E)**

PE-CONS 68/15 SOC 707 ECOFIN 953 MI 778 EMPL 461 JEUN 118  
CODEC 1659  
+ REV 1 (es)

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union bei Stimmhaltung der polnischen Delegation angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 46 AEUV).

### **Erklärung der Republik Polen**

"Polen unterstützt grundsätzlich Maßnahmen, mit denen die Ausübung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern innerhalb der Union ebenso erleichtert werden soll wie das bessere Funktionieren und die bessere Integration der Arbeitsmärkte in der Union und insbesondere die freiwillige geografische Mobilität auf einer fairen Grundlage.

Polen hält jedoch an seiner Auffassung fest, dass Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a des *Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen (EURES), den Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 492/2011 und (EU) Nr. 1296/2013* indirekt im Widerspruch zum Gesetz gegen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts steht.

Nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a müssen die Mitgliedstaaten nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten zu Arbeitskräftemangel und -überschuss auf den Arbeitsmärkten erheben und analysieren. Polen hat wiederholt darauf hingewiesen, dass bei Stellenausschreibungen, auf die im Zusammenhang mit der zur Ermittlung von Arbeitskräftemangel und -überschuss oder Berufsgruppen auf dem Arbeitsmarkt angewendeten Methodik zurückgegriffen wird, die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sowohl im Einklang mit nationalen Bestimmungen als auch mit den Bestimmungen der betreffenden Verordnung (d.h. Erwägungsgrund 37) verboten sein sollte."